

Medienmitteilung Alliance Sud vom 8. Dezember 2025

Internationale Zusammenarbeit wieder Spielball der Finanzpolitik

Der Nationalrat hat heute umfassende Mittelkürzungen bei multilateralen Organisationen und der Entwicklungszusammenarbeit beschlossen, die die Ärmsten dieser Welt hart treffen werden. Damit priorisiert der Nationalrat kurzfristige finanzpolitische Überlegungen gegenüber dem verfassungsmässigen Auftrag zur Linderung von Armut und Not auf der Welt.

Pünktlich zum Beginn der Budgetdebatte im Nationalrat hat die Gates Foundation einen Forschungsbericht veröffentlicht, der für das Jahr 2025 und die folgenden Jahre einen Anstieg der Kindersterblichkeit prognostiziert. Diese Trendumkehr ist eine direkte Folge des Rückzugs zahlreicher Geberländer aus der internationalen Zusammenarbeit (IZA) – insbesondere im Gesundheitssektor. Ausgerechnet hier setzt auch der Nationalrat an: Gemäss dem heutigen Budgetentscheid sollen 2026 bei der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der DEZA 30,5 Millionen Franken gestrichen werden, bei multilateralen Organisationen 28,2 Millionen. Dies zusätzlich zu den 431 Millionen Franken, die das Parlament bereits im letzten Jahr für 2025 – 2028 gekürzt hat.

Mit diesem Entscheid trägt die Schweiz zusätzlich zur Schwächung von multilateralen Organisationen und des internationalen Genfs bei. Sie reiht sich damit in den Kreis derjenigen Geberländer ein, welche die militärische Aufrüstung auf Kosten der internationalen Zusammenarbeit finanzieren. Besonders stossend ist, dass in der Debatte keinerlei inhaltliche Argumente erörtert wurden – ein deutliches Zeichen dafür, dass die Schweizer IZA zunehmend zum Spielball kurzfristiger finanzpolitischer Überlegungen wird.

«Die Schweiz muss sich für die weltweite Bekämpfung von Armut und Not sowie einen starken Multilateralismus einsetzen. Deshalb darf nicht weiter bei der internationalen Zusammenarbeit gekürzt werden», sagt Andreas Missbach, Geschäftsleiter von Alliance Sud, dem Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik.

Nun muss der Ständerat an seiner Budgetversion festhalten, um den Abbau bei der internationalen Zusammenarbeit zu stoppen.

Für weitere Informationen:

Andreas Missbach, Geschäftsleiter Alliance Sud, Tel. 079 847 86 48,
andreas.missbach@alliancesud.ch

Hinweis für Medienschaffende:

Alliance Sud und die parlamentarischen Gruppen «Internationale Zusammenarbeit» und «Genève internationale» organisieren am Dienstagabend, 6. Dezember, in Bern eine hochkarätige Veranstaltung zur UNO-Krise und der Rolle der Schweiz. Aufreten werden Agi Veres (UNDP Genf), Carlo Sommaruga (SP), Laurent Wehrli (FDP), Lisa Mazzone (Grüne), Prof. em. Joseph Deiss (Alt-Bundesrat und Ehrenpräsident Gesellschaft Schweiz – UNO), Prof. Achim Wennmann (Geneva Graduate Institute), Botschafterin Anna Ifkovits Horner (Schweizer UNO-Mission Genf). Zwischen 18:45 und 19:00 Uhr gibt es für Medien die Möglichkeit, im «Künstlerzimmer» des Kultur-Casino (Casinoplatz 1, 3011 Bern) kurze Interviews mit den Referent:innen zu machen. Bei Interesse kontaktieren Sie bitte Marco Fähndrich, Medienverantwortlicher Alliance Sud, Tel. 079 374 59 73, marco.faehdrich@alliancesud.ch.